

SPD-Ratsfraktion Everswinkel

zum

Haushalt 2019

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Fraktionsmitglieder, die zurückliegenden 12 Monate brachten viele Entwicklungen mit denen ich bei meiner Haushaltsrede für Jahr 2018 noch nicht rechnen konnte. Aufgrund der Ergebnisse der Bundestagswahl 2018 ging ich bei der damaligen Haushaltseinbringung noch davon aus, als Vertreter der einzigen Oppositionspartei hier vor Ihnen zu stehen. Nach dem Scheitern der Jamaikaverhandlungen begannen genau vor einem Jahr die Gespräche über eine erneute Große Koalition in Berlin. Den Ausgang kennen wir. Seitdem ist die Politik nicht wieder in ruhiges Fahrwasser gelangt. So wurden in diesem Jahr in vielen Positionen die bisherigen Amtsträger ausgetauscht. Dieser Prozess machte nicht einmal Halt vor Angela Merkel. In unserem Land verzeichnen wir eine Verunsicherung, die sich quer durch die gesamte Bevölkerung zieht. Die Befürchtungen vieler Bürgerinnen und Bürger haben vielfältige Gründe. Manche Ursachen stammen von außen wie z.B. weltweite militärische Konflikte und die damit einhergehenden Flüchtlingsströme, Handelskonflikt zwischen den USA und China, der Brexit oder die Folgen des weltweiten Klimawandels und der Umweltverschmutzung. Es sei nur die Mikroplastikproblematik in den Meeren erwähnt, an denen wir alle auch Mitverantwortung tragen. Andere Ursachen der Verunsicherung sind aber auch nationaler Natur. Hierzu gehören die Rentenentwicklung, die Versorgung mit ärztlichen Dienstleistungen, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich und die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum und zuletzt auch der Dieselskandal.

Bereits diese Aufzählung macht deutlich wie komplex die Aufgabenvielfalt bei politischen Entscheidungen ist. Ich habe neulich einen interessanten Satz gehört:

„Die Politik und die Kirchen haben das gleiche Problem. Die Menschen spüren keine Resonanz. Resonanz meint: Ich werde beachtet, wertgeschätzt, komme vor, bin gemeint.“ (Zitatende)

Bei allen Entscheidungen wird es immer wichtiger die Entscheidungsabwägungen zu erklären, damit die Betroffenen verstehen, warum wir bestimmte Entscheidungen treffen. Wir müssen es wieder schaffen die Zusammenhänge für unsere Gemeindemitglieder transparent zu machen. Ich möchte deutlich machen, dass unsere Entscheidungen dem Gemeinwohl dienen sollen und dass davon alle profitieren. Das gemeinsame „Wir“ sollte im Vordergrund stehen.

Den Zusammenhang zwischen diesen Anmerkungen und den anstehenden Entscheidungen zum Haushalt möchte ich gerne ausführen.

Der Haushalt unserer Gemeinde wurde in diesem Jahr kritisch durchleuchtet:

Zunächst gab es im Januar mahnende Anmerkungen des Landrates zum Haushaltsentwurf für 2018. Sämtliche Jahresabschlüsse seit dem Jahr 2009 weisen Verluste aus. Dies führte dazu, dass die Gemeinde zunächst die Ausgleichsrücklage aufbrauchte und seit 2015 auf Mittel aus der allgemeinen Rücklage angewiesen ist. Dies bedeutet konkret, dass unsere Kommune von der Substanz lebt und die vorhandenen Werte aufbraucht. Der Verringerung der allgemeinen Rücklage muss der Landrat zustimmen. Er genehmigte zwar die Haushaltssatzung, machte aber deutlich, dass es ein erhebliches Risiko für das Überschreiten der Grenze zur Haushaltssicherung gäbe und gab uns den Hinweis bereits für 2018 über eine Haushaltssperre nachzudenken.

Dies war der erste Paukenschlag. Der zweite erfolgte durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) kurz vor den Sommerferien.

Auch bei dieser Prüfung wurde besonders hervorgehoben, dass die Jahresergebnisse seit 2009 allesamt negativ waren. In der Summe haben wir bis heute ca. 6 Mio. € Defizit eingefahren.

Es gibt zwei große Stellschrauben, an denen man die finanzielle Situation einer Kommune regulieren kann:

1. Ausgabenseite

Hier finden wir fast nur Pflichtausgaben verzeichnet. Die Investitionen liegen bereits deutlich unter den bilanziellen Abschreibungen. Will man hier das Eigentum der Gemeinde in der Substanz erhalten, hat man, anders als in zurückliegenden Jahren, keine Einsparmöglichkeiten mehr. Schon heute leben wir von der Substanz. Daher können wir uns vorerst keine Investitionen in weitere Infrastruktur, wie z.B. neue Sportanlagen leisten. Bereits der Erhalt der vorhandenen Infrastruktur erfordert eine große Kraftanstrengung durch die Gemeinde. Durch die Entscheidungen der Vergangenheit mit zahlreichen Investitionen in neue Infrastruktur wurden die Weichen gestellt. Dies beschert der Gemeinde dauerhafte Folgekosten für Betrieb, Unterhaltung, Instandhaltung und Abschreibung. Kosten die sich nicht mehr korrigieren lassen.

2. Einnahmenseite

Die Höhe der Hebesätze kann von der Gemeinde sowohl für die Gewerbe- als auch die Grundsteuer selbst festgelegt werden. Dies ist eine der wenigen Möglichkeiten eine gerechte und gleichmäßige Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Beim Vergleich der Grundsteuersätze der Kommunen im Kreis Warendorf stellt man fest, dass andernorts viele Sätze zum Teil deutlich höher sind. Selbstverständlich können wir bei einer dauerhaften Verbesserung der finanziellen Situation die Hebesätze auch wieder senken.

Da auf der Ausgabenseite kaum Steuerungsmöglichkeiten in Everswinkel gesehen wurden, schlug die GPA Veränderungen auf der Einnahmenseite vor:

1. Bei den Kosten im Bereich Sport
2. Bei den Anliegerbeiträgen bei Erneuerungen der Straßen
3. Bei den Steuerhebesätzen und Gebühren

1. Sport

In den letzten 10 Jahren hat die Gemeinde Kosten von 6,7 Mio. € für Investitionen und Sanierungen übernommen. Darin enthalten ist auch der gemeindliche Anteil für die Bewirtschaftung der Gebäude.

Die Investitionen und Sanierungen für 2018 sind mit 195.000 € und für den Zeitraum 2019-2021 mit weiteren 262.500 € eingeplant.

Die GPA stellte fest, dass unseren Einwohnern mit 861 m² pro 1000 Personen mehr Sportfläche zur Verfügung steht, als in allen anderen Vergleichskommunen. Der Mittelwert liegt bei 416 m², also über 50% niedriger als in Everswinkel.

Bei den Kosten für den Sport sollten wir uns Gedanken machen über die Reduktion von Zuschüssen oder über die Erhebung von Nutzungsentgelten. Nach intensiver Überprüfung sind wir in der SPD zu folgender Überzeugung gelangt:

Es ist richtig, dass Everswinkel/Alverskirchen eine deutlich überdurchschnittliche Ausstattung an Sportinfrastruktur besitzt. Dies führt zu einem sehr hohen Organisationsgrad und zu einem hohen Nutzungsgrad durch unsere Bürgerinnen und Bürger. All dies war nur möglich durch die Eigenbeteiligung der Sportvereine. Diese leisten in beiden Ortsteilen eine herausragende ehrenamtliche Arbeit und beteiligen sich außerordentlich bei der Instandhaltung unserer Sportinfrastruktur. Ohne diesen Einsatz wäre das bisher Erreichte nicht möglich gewesen. Die genaue Analyse der Situation im Bereich Sport hat aber auch gezeigt, dass unsere Gemeinde sehr viel Geld für den Sport aufbringt. Das Defizit von ca. 6 Mio. € seit 2009 verbietet uns, neben der Instandhaltung und dem Unterhalt der vorhandenen Infrastruktur, in die Errichtung neuer Einrichtungen sowie deren Betrieb zu investieren. Darauf haben sich sämtliche im Rat vertretenen Parteien verständigt. Daneben haben wir uns geeinigt weiterhin auf die Erhebung von Nutzungsentgelten zu verzichten und die bisherige Unterstützung weiter zu leisten.

Die SPD findet, dass dies notwendig ist, um auch zukünftig alle weiteren freiwilligen Leistungen neben dem Vereinssport zu ermöglichen. Besonders zu erwähnen sind hier die Ausgaben für das sehr beliebte Vitus-Schwimmbad, das Haus der Generationen und die nur noch geringen freiwilligen Leistungen beim Schülertransport. Gerade diese drei Bereiche tragen besonders zur Lebensqualität in unserer Gemeinde bei und

helfen den Stand- und Wohnort Everswinkel attraktiv zu halten. In der Ausgewogenheit dieser freiwilligen Leistungen besteht der positive Effekt für unser aller Zukunft. Wir dürfen es nicht zulassen, dass versucht wird diese Leistungen gegeneinander auszuspielen, damit einer der betroffenen Bereiche zu Ungunsten eines oder mehrerer anderer weiter ausgeweitet wird. Für uns handelt es sich hier um praktizierte Solidarität, bei der Alle aufeinander Rücksicht nehmen müssen.

2. Anliegerbeiträge bei Straßenerneuerung

Zunächst möchte die SPD hierzu das Ergebnis der Bestandsaufnahme unserer Straßen und Wege abwarten. Grundsätzlich hofft die SPD vor Ort darauf, dass zukünftig das Land NRW die kompletten Kosten für derartige Straßenerneuerungen übernimmt, wie es bereits in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Hamburg der Fall ist. Zwar haben CDU, FDP und Grüne in Düsseldorf gerade einen solchen Antrag der SPD Landtagsfraktion abgelehnt. Aber aufgrund einer noch laufenden Initiative wird das Thema sehr wahrscheinlich erneut im Landtag beraten werden. Auch bei der Finanzierung der Straßenerneuerung handelt es sich für die SPD um gelebte Solidarität, bei der es gilt die zum Teil sehr erheblichen Kosten für einzelne Bürger auf die Gesamtheit der Gesellschaft umzulegen, um so existenzbedrohende Härten zu vermeiden.

3. Steuerhebesätze und Gebühren

Die GPA stellt hierzu fest, dass Everswinkel im interkommunalen Vergleich ein unterdurchschnittliches Hebesatzniveau bei den Steuern hat. Das Land NRW legt mit den fiktiven Hebesätzen eine Mindeststeuerhöhe fest, die man dort als Basis annimmt, damit die Gemeinden ihren Pflichtaufgaben nachkommen können. Dieser Wert wurde immer minimal angepasst und dient auch als Basis für die Errechnung der Kreisumlage. Dies hat zur Folge, dass bei Unterschreiten des fiktiven Hebesatzes eine Gemeinde doppelt belastet wird. Auf der einen Seite fehlen die Einnahmen bis zum fiktiven Hebesatzes und auf der anderen Seite wird die Kreisabgabe so berechnet als hätte man diesen Wert erhoben. In den zurückliegenden Jahren mussten wir in Everswinkel miterleben, dass be-

reits das Anheben auf neu festgelegte fiktive Sätze jedes Mal zu heftigen Diskussionen führte, der Landesregierung unlauteres Handeln bei der Festlegung unterstellt wurde und dann immer von der FDP abgelehnt wurde. Auch die CDU konnte sich viele Jahre nur dazu durchringen leicht über den fiktiven Satz hinauszugehen. Folgerichtig mussten wir bei jeder Anhebung erneut um eine Entscheidung ringen.

2019 rechnen wir nun im elften Jahr in ununterbrochener Reihenfolge mit einem Defizit. Die Verluste summieren sich bereits auf 6 Mio. €. Insbesondere durch die Analyse der GPA wurden die Weichen in diesem Jahr anders gestellt. Bereits seit Ende des Sommers war es möglich, die angesprochenen Handlungsfelder intensiver zu beleuchten und so das Erforderliche abzuwägen. So waren wir in der Lage, uns auf das kommunalpolitisch Notwendige zu verständigen. So liegt uns heute zwar eine deutliche Erhöhung der Hebesätze zur Abstimmung vor, aber diese ist eingebettet in ein - wie die SPD findet – ausgewogenes Gesamtkonzept.

Aufgrund der angespannten finanziellen Situation liegt uns heute eine Anhebung der Grundsteuer A um 38 Punkte auf 255, bei der Grundsteuer B um 81 auf dann 510 und bei der Gewerbesteuer um 3 auf dann 420 Punkte zur Abstimmung vor.

Für den Durchschnittshaushalt bedeutet dies eine monatliche Mehrbelastung von etwa 5,50 €. Der Everswinkler SPD ist sehr wohl bewusst, dass diese Summe eine spürbare Belastung für den einzelnen Haushalt darstellt. Wenn wir aber weiterhin eine handlungsfähige Kommune bleiben wollen, die auch zukünftig noch selbstständig über die Entwicklung vor Ort entscheiden will, sollten wir diesen Weg gehen. Nur wenn wir alle dazu beitragen, können wir den erreichten Standard in unserer Gemeinschaft erhalten.

Zusätzlich hat die GPA darauf hingewiesen, dass die Gemeinde ihre Eigenkapitaleinlage bei TEO nicht voll verzinst. Eine Änderung würde zwar die Gemeindefinanzen verbessern, umgekehrt aber zu einer Erhöhung der Abwassergebühren führen. Vor dem Hintergrund der zur Abstimmung stehenden Hebesatzveränderungen sieht die SPD hier keinen Handlungsbedarf.

Kritisch anmerken möchte ich, dass eine so deutliche Anhebung der Hebesätze wahrscheinlich nicht erforderlich gewesen wäre, wären bereits in

der Vergangenheit mäßige Anpassungen vorgenommen worden. So hätte man bereits über Jahre zusätzliche Einnahmen generiert und die jetzige Anpassung wäre zumindest geringer ausgefallen.

Insgesamt möchte ich mich jedoch für den konstruktiven Umgang miteinander bei dieser sicherlich nicht einfachen Beratung bei der CDU-Fraktion bedanken. Ich glaube wir haben die Chance zu zeigen, dass es in einer schwierigen Situation für unsere Kommune möglich ist über Parteigrenzen hinweg einen Konsens zu finden.

Wofür ich gar kein Verständnis aufbringen kann sind die eigenartigen Überlegungen, die hier bei den Beratungen durch die Grünen vorgebracht wurden. Zuerst gab es Vorhaltungen, ob es überhaupt legitim sei einmal im Vorfeld auszuloten welche gemeinsamen Kompromisse denkbar wären. Stattdessen wollte man lieber wieder erst alles unter Zeitdruck im Rahmen der Haushaltberatungen diskutieren. Wohl wissend, wie schwierig und erfolglos dies in der Vergangenheit war. Auch der Vorstoß der Grünen im Haushaltsausschuss angesichts des berechtigten Haushaltsansatzes nochmals über die Anhebung der Hebesätze nachzudenken, hat mich dann doch überrascht. Selbst nach den Korrekturen gehen wir für 2019 immer noch von einem Defizit aus. Die mittelfristige Planung für die folgenden Jahre würde ohne die Anhebung ebenfalls weitere Defizite ausweisen. Wir wissen doch, dass manche unserer Gebäude in die Jahre gekommen sind und wir deshalb nicht alle Risiken wirklich vorhersehen können. Ein Rückgang bei der Gewerbe- oder Umsatzsteuer oder ein größerer Gebäudeschaden und erneut tut sich ein großes finanzielles Loch auf. Wenn über die Jahre 6 Mio. Defizit angehäuft und über die Jahre immer wieder gefordert wurde es müsse sich etwas ändern, kann man doch jetzt nicht wieder einen Rückzieher machen nur weil sich ein kleiner Lichtblick am finanziellen Himmel auftut.

Nicht überrascht bin ich dagegen vom zu erwartenden Abstimmungsverhalten der FDP. Wer seit Jahren solidarische Entscheidungen ablehnt und stattdessen den Egoismus propagiert - nach dem Prinzip wenn jeder an sich selber denkt ist an alle gedacht - der kann auch in der jetzigen Situation dem gemeinsamen Übernehmen von Verantwortung nichts abgewinnen. Ich hoffe nur, dass dieses unsolidarische Verhalten nicht erneut als die Bewahrung der Freiheit für das Individuum verkauft werden soll.

Im ablaufenden Jahr konnte sich die SPD-Fraktion über eine Reihe von umgesetzten Anträgen oder solchen, die nun der Umsetzung ein gutes Stück näher kommen freuen:

1. Die Durchführung eines Nachbarschaftsfests zwischen den Bewohnern des Übergangwohnheims und den Anwohnern am Pattkamp.
2. Die Einrichtung einzelner Tempo 30 Bereiche in der Nähe von Grundschulen und der Wohnheime
3. Die Verbesserung der Sicherheit des Radweges an der Überquerung der Wiemstraße
4. Prüfauftrag zur Verbesserung der ÖPNV-Tarife zwischen den Ortsteilen/mögliche Verschiebung der Tarifgrenzen
5. Prüfauftrag zur Bedarfsermittlung für eine bessere ÖPNV-Anbindung nach Telgte
6. Die Einplanung preiswerten Wohnraumes bei den neuen Wohngebieten
7. Die Erarbeitung eines Vergabekriterienkataloges für Bauinteressenten
8. Planung für die Ortsentwicklung/Nachfolge IKEK (um sich auch zukünftig für Zuschüsse bewerben zu können)

Für 2019 hat die SPD-Fraktion auch weiterhin den Wunsch:

Auch bei knappen Kassen wünschen wir uns weitere Aktivitäten, die zu einer Verbesserung bei der Mobilität zwischen den beiden Ortsteilen führen. Hierzu zählen das Ausloten einer Mitfahrerbank (Information aller Bürger in beiden Ortsteilen), die Verbesserung der ÖPNV-Tarife zwischen den beiden Ortsteilen sowie die Suche nach Sponsoren um doch

noch die Beleuchtung des Radweges zwischen Alverskirchen und Everswinkel zu ermöglichen.

An anderer Stelle konnten wir uns zumindest darauf verständigen, dass die Verwaltung einmal überprüft, welche Möglichkeiten es für die Festlegung zur Schaffung öffentlich geförderter Wohnungsbaus bei Miet- und eigengenutztem Wohnraum gibt. Danach soll dann spätestens 2019 über die Festlegung einer Quote beraten werden. Auch wenn die konkrete Entscheidung, wie wir in Everswinkel für die Schaffung von preiswertem Wohnraum sorgen können noch gefällt werden muss, war dies für die SPD ein wichtiger Schritt, wofür wir uns bei allen Beteiligten bedanken möchten.

Auch in 2018 wurden in Everswinkel wieder Geschäfte aufgegeben. Eine Entwicklung, die sich seit vielen Jahren fortsetzt und die zu den sinkenden Steuereinnahmen beiträgt. Nur wenn viele Bürger lokal einkaufen, kann eine zufriedenstellende Versorgung vor Ort gewährleistet sein.

Eine falsche Baupolitik führt zu steigendem Leerstand bis hin zur Unverkäuflichkeit bei Bestandsimmobilien. Aufgrund eines SPD Antrages haben wir uns zwar im Ausschuss mit diesem Thema beschäftigt und die Verwaltung beauftragt hierzu eine Konferenz zu besuchen. Aber im Haushalt für 2019 sucht man vergeblich nach einem Ansatz für Konzepte zum Umgang mit Bestandsimmobilien.

Untersuchung zum Wohnungsbedarf:

So fordert die SPD seit über einem Jahrzehnt ein Ortsentwicklungskonzept. Dessen Nutzen wird besonders deutlich beim Wohnungsbedarf. Für Everswinkel zeigt sich, dass neue Baugebiete finanziell belastend für die Gemeinde sind. Natürlich werden wir auch in Zukunft Bauplätze benötigen. Die Entscheidung hierfür sollte aber nur nach sorgfältiger Abwägung sämtlicher Folgekosten getroffen werden. Nur so kann abgewogen werden ob und was wir uns leisten können. Sonst wird bald die Belastung für die Gemeinde und damit auch für jeden Einwohner zu groß. Bei Gewerbegebieten wissen wir bereits heute, dass die Investitionen der Kommunen immer höher sind als die Veräußerungsgewinne und ob diese Ausgaben sich über Gewerbesteuererinnahmen rückfinanzieren zeigt immer erst nach vielen Jahren oder tritt gar nicht ein.

Die Finanzierung der Kosten im Umfeld der Asylbewerber bessert sich allmählich. Es bleibt noch die Problematik der Finanzierung bei geduldeten Flüchtlingen, die aus vielerlei nachvollziehbaren Gründen nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. Denn bei dieser Gruppe werden die Kosten nur für die ersten 3 Monate übernommen. Die weitere Finanzierung wird dann aber zur Aufgabe der Kommunen. Leider steht hier eine finanziell tragbare Lösung noch aus. Dass viele, vom Bund auf die Kommunen übertragene Leistungen nicht oder nicht ausreichend finanziert werden, ändert sich nur langsam.

Es gibt zahlreiche Gruppen in unsere Gemeinde bei denen wir uns bedanken möchten, denn ohne sie wäre unsere Gemeinde um Vieles ärmer. Zunächst möchte ich mich bei den Mitgliedern der Feuerwehren

bedanken. Ihnen gilt unser besonderer Respekt. Trotz der insgesamt angespannten finanziellen Situation bemühen wir uns weiterhin alle erforderlichen Investitionen in Geräte, persönliche Ausrüstung und Schulungen zu ermöglichen. Besonders freut es uns, dass es gelungen ist neue Mitglieder für die Feuerwehr zu gewinnen.

Auch 2018 bestand eine große Aufgabe darin die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu gewährleisten. Im Zuge der Familienzusammenführung sind neue Personen dazu gekommen. Die meisten der inzwischen anerkannten Flüchtlinge leben weiter in unserer Gemeinde und benötigen unsere Unterstützung, um sich in die Gemeinschaft integrieren zu können. Die verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen bei denen sie einfach dabei sind oder mitmachen sind der Beleg für eine positive Entwicklung.

Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich mich bei der Vielzahl der Helferinnen und Helfer aus der Bevölkerung, aber genauso auch bei den Mitarbeitern der Verwaltung bedanken die alle sehr viel Einsatz zeigen.

Wir haben jedoch auch eine große Zahl weiterer, engagierter, ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in unserer Gemeinde. Diese sind aktiv in unzähligen Vereinen, Verbänden, Organisationen, Selbsthilfegruppen und Initiativen oder als Gruppen und Einzelpersonen ohne Organisation im Hintergrund. Allen gemein ist der Wunsch zu helfen und diesen Ort ein bisschen besser zu machen. Allen gilt unser besonderer Dank und wir wünschen ihnen, dass sie bei Ihren Aktivitäten auch selber Freude und Wertschätzung erfahren.

Auch den Mitarbeitern der Gemeinde möchten wir an dieser Stelle Danken. Wir wissen, dass dies ein sehr arbeitsreiches Jahr für Sie war und mancher weit mehr geleistet hat, als wir erwarten durften. Ihnen wünschen wir, dass 2019 wieder ruhiger verlaufen wird.

Die Kämmerei musste quasi bis zur letzten Minute noch Veränderungen ins Zahlenwerk einarbeiten. Danke möchten wir besonders Frau Nerkamp sagen, für die der erneute, intensive Einsatz überraschend kam. Dennoch hat sie beim Besuch in unserer Fraktion versucht all unsere Fragen zu beantworten. Ihnen Frau Nerkamp für ihren Einsatz ein besonderes Dankeschön.

Abschließend möchten wir zur derzeitigen Situation des Haushaltes und der aktuellen politischen Arbeit festhalten:

Das politische Arbeitsklima hat sich positiv entwickelt.

Auf der Ausgabenseite finden nicht keine Investitionen für 2019 in weitere Infrastruktur mit Betriebs- und Folgekosten

Die Einnahmenseite wurde für 2019 deutlich aber maßvoll verändert. Was 2017 noch ein vages Versprechen war, wurde in 2018 durchgeführt.

Die Errichtung preiswerten Wohnraumes soll fester Bestandteil der zukünftigen Bauplanung werden.

2019 soll ein neuer Vergabekatalog für die Berücksichtigung von Bauinteressenten erarbeitet werden.

Obwohl der Haushalt auch im 11 Jahr als nicht ausgeglichen prognostiziert wird, stimmt die SPD-Fraktion vor diesem Hintergrund dem Haushalt zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.